



Karikatur zur Diskussion um den Abriss des „Suq al Talata“ © The Tripoli Post

hochhaus, sowie das von DAEWO errichtete zukünftige JW Marriott Hotel.

Aussagen der Behörden zufolge soll sich die Nutzung der neuen Urban Waterfront allerdings nicht nur auf Hotels und Büros beschränken, sondern auch Einzelhandels- und Wohnfunktionen umfassen, um so zu einer Wiedergewinnung urbaner Qualitäten und einer nachhaltigen soziodemographischen Entwicklung der Innenstadt und der innenstadtnahen Bereiche beizutragen.

Neben der Errichtung prestigeträchtiger Bauten kommen bei den derzeitigen Planungen auch Überlegungen zur Gestaltung innerstädtischer Freiflächen mit Park- und Grünanlagen zum tragen. Im Kern gehen diese Ideen der Gestaltung des öffentlichen Raumes in Tripolis in ihren Ursprüngen auf die Osmanen zurück, wurden in der Folge durch die italienische Kolonialmacht fortgeführt und spielten auch nach der Revolution eine bedeutende Rolle beim Ausbau der Stadt. Eine Analyse der bestehenden Grünanlagen zeigt jedoch, dass deren Pflege in den letzten Jahrzehnten stark vernachlässigt wurde. Folgt man den Ausführungen der Stadtplanungsbehörde (Urban Planning

Agency, UPA) zur Motivation für die wiederentdeckte Bedeutung innerstädtischer Grünflächen, so werden stadtklimatologische, ökologische und ästhetische Aspekte angeführt.

Das hierzu entwickelte Konzept eines *Tripoli Green Belt* zielt besonders auf die Rehabilitation vernachlässigter Flächen im innenstadtnahen Bereich ab. Bereits bestehende, bisher aber wenig bis gar nicht gepflegte Grünflächen werden in das Projekt integriert. Des Weiteren werden städtische Brachflächen umgewandelt. Gleichzeitig erfordert das Vorhaben den Abriss größerer bebauter Areale und damit die Verdrängung der dort wohnenden und arbeitenden Bevölkerung. Diese Form einer harten Stadterneuerung hat heftige Debatten in der Öffentlichkeit ausgelöst, wie am Beispiel des Abrisses des Gewerbegebiets *Suq al Talata* deutlich wird. Dieser Markt erstreckte sich bis Ende des Jahres 2009 über eine Fläche von etwa 4 ha und beherbergte vor allem Einzelhandelsgeschäfte verschiedener Branchen wie Haushaltswaren, Elektroartikel oder Autozubehör.

Durch einen Regierungsbeschluss wurde der Abriss in kürzester Zeit um-

gesetzt. Nach offiziellen Aussagen (UPA) habe die Regierung die Kritik aus der Bevölkerung aufgenommen, die das Fehlen größerer Grünflächen in Tripolis bemängelte. Gemäß den der Stadtentwicklung zugrunde liegenden Steuerungsformen wäre der von der Regierung gefasste Beschluss in den betroffenen Basisvolkskongressen von Tripolis zur Diskussion gestellt worden und habe dort eine breite Zustimmung gefunden³.

Dem Beschluss liegt die Überlegung zugrunde, dass die mit dem *Green Belt* verbundenen Verbesserungen hinsichtlich Stadtklimatologie und Erholungsmöglichkeiten der gesamten Stadtbevölkerung zu Gute kommen und damit wichtiger sind als individuelle Nachteile der Händler. Zugleich weist die Regierung darauf hin, dass die von einer Umsiedlung betroffenen Händler durch die Bereitstellung von Flächen am heutigen Stadtrand, sowie die Zahlung von Abfindungen entschädigt werden sollen.

Abzuwarten bleibt jedoch, inwieweit die Ökologisierung der Stadtplanung nicht nur ein Feigenblatt darstellt und womöglich andere Interessen dahinter verborgen sind. Gerade ambitionierte Unternehmungen scheiterten in Libyen bisher häufig an divergierenden Interessen, undurchsichtigen Zuständigkeiten oder Planungschaos.

Starke staatliche Strukturen als Grundlage libyscher Urban Governance

Stadtplanung und Städtebau unterliegen in Libyen nach wie vor einer umfassenden Steuerung durch den Staat und sind durch zentralistische Entscheidungsstrukturen sowie Verfahrensabläufe gekennzeichnet. Trotz dieser zentralen Strukturen werden die Entscheidungsprozesse mitunter von intensiven und äußerst langwierigen Aushandlungs- und Konfliktlösungsprozessen innerhalb der administrativen Abläufe gekennzeichnet, was auch als Ausdruck von nach wie vor existierenden Cliquen aus einflussreichen Familien mit teilweise divergierenden Interessen interpretiert werden kann.

Diese starren Government-Strukturen sind aber auch in Libyen brüchig geworden, und beginnen einer anpassungsfähigen Urban Governance zu weichen.

Kennzeichnend hierfür ist etwa der Aufbau von Kooperationen auf der Basis von Public-Private-Partnership.

Die im *3rd Generation Planning Project* definierten Vorstellungen bezüglich der zukünftigen Entwicklung Libyens lassen erkennen, dass globale Ideen und Strömungen wie Umweltverträglichkeit und Nachhaltigkeit ebenso Einzug gehalten haben wie der Anspruch, mit großangelegten Projekten *New Geographies* zu schaffen, seien es ausgedehnte Parkanlagen zur Verbesserung des Stadtklimas oder eine Welt aus Hochhaustürmen entlang der Urban Waterfront.

¹ Vgl. Meyer, F.: Aktuelle Stadtentwicklung und Urban Governance in Marokko und Tunesien, In: GR 60 (2008), S. 34-41.

² Shabiyah (Plural Shabiyat) ist die Bezeichnung für Verwaltungseinheiten.

³ Entscheidend für die politische Kultur in Libyen ist, dass die klassischen Instrumente einer repräsentativen Demokratie wie Parlament, Parteien oder Regierung fehlen. Theoretisch vollzieht sich die politische Willensbildung in sog. Volkskongressen und zuarbeitenden -komitees, die auf verschiedenen administrativen Ebenen angesiedelt sind. Vgl. u.a. Mattes, H.: Nahost-Jahrbuch 2000. Opladen, 2001.



DR. KLAUS BRAUN
ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Physische Geographie der Universität Freiburg und leitet gemeinsam mit Frau Dr.

Passon verschiedene Projekte in Libyen.



DR. JACQUELINE PASSON
hat über die touristische Entwicklung Libyens promoviert und ist freie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut

für Physische Geographie der Universität Freiburg.



Modernisierung von Damaskus – Eine Herausforderung der Entwicklungszusammenarbeit © EMA

Eine Nationale Stadtentwicklungsstrategie für Syrien

von Hilmar von Lojewski

Der Urbanisierungsgrad in Syrien ist hoch, mehr als die Hälfte der Bevölkerung lebt in Städten. Das Niveau der kommunalen Aufgabenwahrnehmung und Dezentralisierung ist im Vergleich dazu sehr niedrig. Um zu einer Verbesserung der Situation beizutragen, führt die GTZ im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) seit 2007 mit dem Ministerium für Lokale Verwaltung (MoLA) das Programm für nachhaltige Stadtentwicklung Syrien¹ (UDP) durch. Oberstes Ziel ist es „zuständige Ministerien und ausgewählte Stadtverwaltungen ... städtische Entwicklungsprozesse nach dem Prinzip der Nach-

haltigkeit [zu steuern]“. Hiermit ist das Subsidiaritätsprinzip eng verknüpft, d.h. das Organisationsprinzip, die Zuständigkeit für Aufgaben dort anzusiedeln, wo sie wahrgenommen werden.

Das Programm knüpft an die 15-jährige Präsenz der GTZ in Aleppo an, wo im Auftrag des BMZ ein Projekt zur Altstadt-sanierung durchgeführt wurde. Es hat im April 2007 begonnen und soll bis 2016 laufen. Das Vorhaben unterstützt die Reformprozesse der syrischen Regierung; insbesondere leistet es einen Beitrag zur Reform der öffentlichen Verwaltung sowie der Transformation zu einer sozialen Marktwirtschaft. Das Programm arbeitet im Wege eines „Mehrebenenansatzes“



H.E. Minister Tamar Al Hajjeh bei der Städtekonferenz Syrien, 09/09 © GTZ

auf nationaler und kommunaler Ebene an verschiedenen Themen der Stadtentwicklung: In Aleppo stehen eine Stadtentwicklungsstrategie, Vorschläge zum Umgang mit informellen Siedlungen und die Fortführung der Altstadtsanierung auf der Agenda.

In der Altstadt von Damaskus geht es um die verstärkte Verknüpfung von öffentlicher Verwaltung, Nichtregierungsorganisationen und Zivilgesellschaft bei der Sanierung der Altstadt. Im MoLA sollen die Rahmenbedingungen der Stadtentwicklung in Syrien verbessert werden. Hierbei geht es insbesondere um Gesetzgebung, Planverfahren und die Stärkung der lokalen Ebene bei Planungs- und Investitionsentscheidungen.

Auf zentraler Ebene sind Defizite bei der Analyse der Entwicklungsbedingungen der Städte und der Ermittlung von Basisdaten zur Bevölkerung, wie Einkommensverteilung, Demographie und Dichtewerte, offensichtlich. Des Weiteren sind die Entscheidungskompetenzen auf staatlicher Ebene zu Ungunsten der Kommunen gebündelt und eine Zusammenarbeit der Kommunen zwecks gemeinsamer Interessenvertretung findet nicht statt. Zudem wird die Arbeit durch Definitionsschwierigkeiten bei zentralen Begriffen erschwert.

Auf zentraler Ebene sind verschiedene Defizite offenkundig:

- keine umfassende Analyse der Entwicklungsbedingungen der Städte;
- nur punktuelle Ansätze dezentraler Entscheidungsfindung und -umsetzung;
- deutliche Tendenz der zentralen Ebene zur Wahrnehmung dezentral anfallender Funktionen und Aufgabe, d.h. deutliche Umkehr des Subsidiaritätsprinzips;
- keine funktionale Vertretungskörperschaft und kein informeller Zusammenschluss der Städte zur gemeinsamen Interessenwahrnehmung und zum gegenseitigen Erfahrungsaustausch;
- erhebliche Begriffs- und Definitionsunsicherheiten zwischen den Termini „Politik“, Strategie, Programm, Plan, Regionalplanung, Stadtentwicklung etc.
- keine verlässlichen statistischen Basisdaten zur städtischen Bevölkerung (Demographie, Einkommensverhältnisse, Einkommensverteilung, Dichtewerte etc.)

Das MoLA verfolgt verschiedene Reformansätze mit einem Fokus auf technische Lösungen (GIS, Katasterdokumentation) und Gesetzesänderungen. Zudem betreibt das Ministerium mit Unterstützung der EU verschiedene Ansätze zur fiskalischen und dienstleistungsorientierten Modernisierung von Stadtverwaltungen. Allen Reformanstrengungen mangelt es bislang jedoch an einer integrierten Betrachtung und Analyse des städtischen Sektors in Syrien und der Definition einer umfassenderen Stadtentwicklungspolitik,

strategischer und Einzelmaßnahmen zu ihrer Umsetzung.

Bausteine einer Stadtentwicklungspolitik für Syrien

Für die Entwicklung einer auf syrische Belange zugeschnittenen Nationalen Stadtentwicklungspolitik³ gibt es in der MENA-Region kein Referenzbeispiel. Doch hat das Ministerium für Bauen, Wohnen und Stadtentwicklung in der vergangenen Legislaturperiode mit einer interdisziplinär zusammengesetzten Expertengruppe ein Memorandum zur Konstituierung einer nationalen Stadtentwicklungspolitik in Deutschland erarbeitet.⁴ Dieses Memorandum wurde als Referenz herangezogen. Die Methode seiner Erarbeitung und seine Inhalte wurden hingegen komplett neu konzipiert.

Dabei ging es insbesondere darum, im Wege einer SWOT-Analyse einen Querschnitt zum Status quo der Städte in Syrien zu ziehen, die bestehenden Rahmenbedingungen und ihre Änderungserfordernisse zu klären, den Status quo und die Änderungserfordernisse über sektorale Betrachtungen zu vertiefen und zu operationalisieren, da als ein Hauptproblem zutage trat, den Begriff der „Integration“ mit Leben zu füllen; als besser vermittelbar wurde empfunden, die Komplexität eines „integrierten“ Politikansatzes in seine wichtigsten sektoralen Bestandteile zu zerlegen und anschließend Ansätze für eine Zusammenführung der sektoralen Bestandteile zu einer integrierten Stadtentwicklungspolitik herauszuarbeiten, sich über einen Standardsatz an Indikatoren zur Messung von Stadtentwicklung zu verständigen, verbindliche politische Ziele und Selbstverpflichtungen in Form von Empfehlungen der Städte zu formulieren und insbesondere die Bedeutung und Rolle der Städte für die wirtschaftliche Entwicklung Syriens und den laufenden Reformprozess herauszustellen.

Darüber hinaus war es ein Anliegen, den syrischen Kooperationspartnern zu vermitteln, dass Syrien als zumindest in legislativer Hinsicht „starker Staat“ nicht nur über ein (zu) fein ziseliertes planungsrechtliches Instrumentarium

zur Steuerung städtischer Entwicklung verfügt sondern vielmehr über stadtstrukturelle Werte, denen viele europäische Länder in ihrer Stadtentwicklung wieder nahekommen. Hierbei handelt es sich um die hohe Dichte der Bebauung, die nicht nur in den Altstädten anzutreffen ist sondern auch in den Stadterweiterungssiedlungen der Mandatszeit und der 1950er bis 1970er Jahre, kurze Wege zwischen Wohn- und Arbeitsorten und die Mischung von Nutzungen.

Hinzu treten städtebauliche und architektonische Qualitäten in Form mitunter recht ökonomischer Stadtgrundrisse mit hoher Aufenthaltsqualität und Gebäudeformen mit flexiblen Nutzungsmöglichkeiten und guter Gestaltqualität.⁵ Diese Stärken gilt es gerade im Wege der Modernisierung und Automobilisierung der Städte in den Mittelpunkt zu rücken und ihnen die Bedeutung zukommen zu lassen, die sie verdienen.

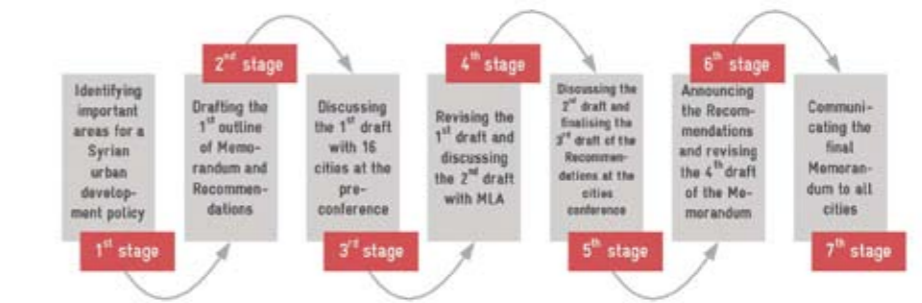
Alle diese Qualitäten stehen jedoch bedingt durch Überformungen, Flächenansprüche des Autoverkehrs, die zunehmende Trennung von Nutzungen und „Entdichtungen“ sowie eine sich in den letzten 15 Jahren recht eklektizistisch gerierende Architektur zur Disposition. Hinzu tritt, dass keine Stadt⁵ ein irgendwie geartetes strategisches Entwicklungskonzept hat, das es gestatten würde, Stadtentwicklung in größeren Zügen als in reinen Flächennutzungskategorien zu denken

Verfahren und Methode

Das Verfahren zur Formulierung einer auf allen Ebenen akzeptierten und für die Akteure auf nationaler und lokaler Ebene selbstverpflichtenden Nationalen Stadtentwicklungspolitik gliederte sich im Wesentlichen in sieben eng miteinander verknüpfte Phasen:

Phase 1 - diente dazu, die Querschnittsthemen und Schlüsselsektoren zu identifizieren, die mit Hilfe von syrischen und internationalen Consultants weiter vertieft werden sollten.

Phase 2 hatte die Erstellung des 1. Entwurfs zum Gegenstand, der in Phase 3 mit den Vertretern des MLA, des Umweltmi-



Bearbeitungsphasen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik

nisteriums, der Staatsplanungskommission (SPC) und 16 Bürgermeistern intensiv diskutiert wurde.

Die in Phase 4 erstellte Überarbeitung (2. Entwurf) wurde dem Ministerium vorgelegt. Korrekturen erfolgten nur punktuell.

Weitere Korrekturen erfolgten durch das Redaktionsteam in Phase 5, die mit dem 3. Entwurf die Diskussionsgrundlage für eine syrisch-internationale Städtekonferenz erarbeitete.⁷ Kurz vor⁸ und im Ergebnis der Städtekonferenz ergaben sich Änderungen. Diese gingen in die in zum Abschluss der Konferenz verkündeten Empfehlungen der Städte an die Regierung und ihre Selbstverpflichtungen sowie in den abschließenden 4. Entwurf ein.

Dessen Bearbeitung erfolgte in Phase 6. Phase 7 konzentrierte sich auf die Erstellung der Druckfassung, ihre landesweite Verbreitung und die Durchführung eines Symposiums zur Kommunikation der Nationalen Stadtentwicklungsstrategie. Dieses fand im Zusammenwirken zwischen MLA, Staatlicher Planungskommission SPC, dem größten Verband der syrischen NGOs Syria Trust⁹ und wiederum Vertretern zahlreicher Städte statt.

Neben dem Inhalt und dem Verfahrensablauf kommt der Methodik für die nationale Stadtentwicklungspolitik besondere Bedeutung zu. Es geht nicht nur um das „WAS“ des Inhalts, sondern auch um das „WIE“ seiner Erarbeitung. Hiermit war eine Reihe von Zielen verbunden: Die beteiligten syrischen Consultants sollten auf Grundlage eines vorgegebenen Formats relevante Beiträge zum Sektorkapitel und den Querschnitts-

kapiteln liefern und hierüber zusätzliche strategische Kompetenzen entwickeln. Ein Schwerpunkt lag u.a. darauf, von der Beschreibung des Status quo und seiner Analyse zu handhabbaren Aktivitäten zu gelangen, um den Ergebnissen der SWOT-Analyse Rechnung zu tragen. Die beteiligten Partner im MLA sollten zur Anpassung der Inhalte beitragen und die politisch-administrative Schlussredaktion des zweiten Entwurfs und der abschließenden Fassung bearbeiten und hierüber ihre Prozesskompetenz ausbauen und terminologische Sicherheit entwickeln. Vertreterinnen und Vertreter von 16 Partnerstädten des UDP sollten den ersten Entwurf diskutieren und thematisch weiterentwickeln; hierüber sollten sie besondere Eigentümerschaft zu dem Papier entwickeln und als Referenzpersonen für seine Weiterentwicklung zur Verfügung stehen. Vertreterinnen und Vertreter aller syrischen Städte sollten den vom MLA geprüften dritten Entwurf diskutieren und abschließende Hinweise für die Endfassung geben. Unter den Bürgermeistern und sonstigen Vertretern der Städte sollte es hierüber zu einem verstärkten thematischen (und persönlichen) Austausch kommen, um die ersten Verbindungen für ein Städtetzwerk zu knüpfen. Eine Schlüsselgruppe von Bürgermeistern herausgehobener Städte und leitenden Vertretern der beteiligten Ministerien sollten unter Leitung des Stv. Ministers des MLA Empfehlungen der Städte formulieren und hierüber Konsens erzielen. Dies sollte einer ersten deutlichen Formulierung der Interessen der Städte gegenüber der Regierung dienen.



Moderne Herausforderungen für die Altstadt von Damaskus © EMA

Im Ergebnis steht, dass die maßgeblichen Ziele, wenn auch mit einer Reihe von Einschränkungen verbunden, erreicht werden konnten. Die Einschränkungen liegen insbesondere in der Problematik, dass die Weiterbearbeitung des Memorandums in Arbeitsgruppen stets einer Tendenz ausgesetzt war, sich in verbaler Argumentation der Teilnehmer zu verlieren. Hier waren überwiegend das Redaktionsteam gefordert, den roten Faden in der Hand zu behalten; überwiegend alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Verwaltungen auf zentraler und lokaler Ebene nicht dazu neigten, schriftlich zu arbeiten; gute Ergebnisse konnten dennoch erzielt werden, wenn sich das Redaktionsteam auf die Dokumentation von Diskussionsergebnissen oder Überarbeitung von Fragmenten und punktuellen Inputs konzentrierte und es auch gegen Ende des Verfahrens noch immer terminologische Unsicherheiten gab; hier behalf sich das Redaktionsteam mit der Zusammenstellung eines umfassenden Glossars auf Englisch und Arabisch im Anhang des Memorandums.

Fazit

Syrien verfügt nach einem 18-monatigen Prozess über eine konsensfähige „integrierte“ Stadtentwicklungspolitik. Es besteht übergreifendes Einvernehmen über die Stärken und Defizite syrischer Städte und die wesentlichen Ursachen hierfür. In einem partizipativen Prozess haben alle Beteiligten an dem übergreifenden Ziel lebenswerter und wirtschaftlich aktiverer Städte gearbeitet. Das Memorandum gestattet es, Schlüsselthemen zu priorisieren und ist soweit ausdifferenziert, dass nötigenfalls auch „To-Do-Listen“ abgearbeitet werden könnten. Ob und wie weit die Selbstverpflichtung der Städte zu besserem Stadtmanagement und die Empfehlungen an die Regierung tragen, wird neben ihrer Aufnahme in die Ziele der nächsten Fünfjahrespläne in erster Linie von der Delegation von Verantwortung an die Städte und ihrer Ausstattung mit den erforderlichen Ressourcen sein. Dies wiederum ist in erster Linie abhängig von der Attraktivierung des öffentlichen Dienstes

in Syrien und dem Fortgang der ermutigenden Reformbemühungen von Teilen der syrischen Regierung.

¹ <http://www.udp-syria.org/>, Stand: 10.23.2010

² Hier im Sinne von engl. „policy“ benutzt.

³ Im Diskurs mit den syrischen Partner ergab sich ein interessantes sprachliches Problem: Der Begriff „Politik“ war im ministeriellen Bereich nicht vermittelbar und auf Arabisch offenbar negativ konnotiert. Daher ist sowohl im Englischen als auch im Arabischen immer von einer Strategie die Rede.

⁴ Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.), Auf dem Weg zu einer nationalen Stadtentwicklungspolitik - Memorandum, in: <http://d-nb.info/985564512/34>, Stand: 23/10/2010

⁵ Diese Qualitäten hat das durch das UDP initiierte 1. Symposium zur Baukultur in Syrien zu vermitteln versucht. Siehe hierzu: <http://www.gtz.de/de/themen/politische-reformen/stadtentwicklung/25217.htm>; letzter Abruf: 23/10/2010

⁶ Eine Ausnahme hierzu stellt Aleppo dar. Dort wird mit Unterstützung des UDP eine partizipativ angelegte Stadtentwicklungsstrategie erarbeitet, die Anfang 2011 zum Abschluss kommen soll; siehe hierzu: <http://madinatuna.com/en>, letzter Abruf: 23/10/2010

⁷ The First Arab International conference on Sustainable Urban Development in Syrian Cities; <http://www.udp-syria.org/?id=186>; letzter Abruf: 10.23.2010

⁸ Die Struktur der Memorandums wurde sehr eingehend und einvernehmlich mit dem MLA diskutiert. Mit Vorliegen des 3. Entwurfs gab es jedoch eine Intervention auf Ebene des Premierministers, die ursprünglich geplante „Charta of Syrian Cities“ im Sinne einer Städtecharta und ersten Schritts in Richtung eines Städtetzwerks nur als „Recommendations of Syrian Cities“ zu betiteln. Auch wurden die Empfehlungen der Städte von 36 auf 28 gekürzt, allerdings ohne erhebliche substantielle Einbußen.

⁹ The Syria Trust for Development in: <http://www.syriatrust.org/site/index.php>, letzter Abruf: 10.23.2010



HILMAR VON LOJEWSKI

Dipl.-Ing., Leitender Senatsrat in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin, hat von November 2007 bis

Juli 2010 für die GTZ das Programm zur nachhaltigen Stadtentwicklung in Syrien geleitet.



Das Haret Hreik-Viertel nach dem Krieg im Juli 2006 © Mona Fawaz, Marwan Ghandour

Haret Hreik: Hisbollah-organisierter Wiederaufbau und die Notwendigkeit von Alternativen¹

von Benjamin Schütze

Mit dem Ende des Libanon-Krieges zwischen Israel und der Hisbollah vor vier Jahren verflog die Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit schnell. Listen mit Zahlen der Toten, Verwundeten und der zerstörten Gebäude wurden zwar noch veröffentlicht, der Wiederaufbau war jedoch ein zu komplexer Prozess, um in internationalen Medien mehr als nur eine Randnotiz zu sein. Für die vielen Menschen, deren Häuser zerstört worden waren, hatte der eigentliche Krieg gerade erst begonnen. Dieser Artikel untersucht den Wiederaufbau des am stärksten betroffenen Stadtteils Haret Hreik in den südlichen Vororten von Bei-

rut. Es wird dargelegt, wie die Hisbollah den Wiederaufbau organisiert, wie dieser von den betroffenen Bewohnern gesehen wird, und mit welchen langfristigen Auswirkungen vermutlich zu rechnen ist.

Mit dem Ziel einer politischen Neugestaltung des Mittleren Ostens setzte die israelische Armee im Libanon-Krieg 2006 auf eine Strategie der kollektiven Bestrafung – in der Hoffnung, auf diese Weise die libanesische Bevölkerung gegen die Hisbollah aufzubringen. Offenkundig scheiterte diese Strategie nicht nur, sondern führte auch zur Zerstörung von 269 nahezu ausschließlich mehrstöckigen Wohngebäuden in Haret Hreik, der wichtig-

sten politischen Hochburg der Hisbollah. Aufgrund der langen Abwesenheit staatlicher Institutionen hatte sich das Viertel zur Hauptstadt dessen entwickelt, was von vielen als Hisbollah's Staat im Staat angesehen wird. In diesem Zusammenhang stellte die Zerstörung riesiger Teile des Stadtviertels eine erhebliche Bedrohung für die Partei dar. Gleichzeitig bot sich der Regierung die Möglichkeit, Behauptungen zu widerlegen, dass der öffentliche Sektor im Libanon nahezu ausschließlich von Privat- und Unternehmensinteressen beherrscht wird – wie Saree Makdissi nahelegt.²

Während die libanesische Regierung